

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

Dezember 2016

www.kas.de/kroatien

www.kas.de

„Herausforderungen der Sicherheitspolitik in Südosteuropa“

Das "Zentrum für Sicherheitskooperation" (RACVIAC) veranstaltete gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 07. bis 08. Dezember 2016 in Zagreb eine weitere Regionaltagung zu den aktuellen Herausforderungen der Sicherheitspolitik in Südosteuropa. Im Beisein des stellv. Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers der Republik Kroatien, Damir Krstičević, sowie des Leiters des Teams Europa/Nordamerika der KAS aus Berlin, Dr. Lars Hänsel, diskutierten Sicherheitsexperten über mögliche Lösungen zur Bewältigung derzeitiger und zukünftiger Sicherheitsrisiken.

Der Direktor unserer Partnerorganisation RACVIAC, Botschafter **Haydar Berk**, eröffnete diese Sicherheitskonferenz mit dem Verweis darauf, dass man mit der diesjährigen Konferenz politische, praktische und akademische Ansichten zur Sicherheitspolitik mit einander verknüpfen wolle, weshalb er sich bei den Verteidigungsministerien Kroatiens, Sloweniens und BuH, als auch bei der Universität Zagreb für die gewährte Unterstützung bei der Realisierung dieser Zielsetzung ganz herzlich bedanken möchte.

Der Leiter des KAS-Büros in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, erinnerte danach an die wachsenden Herausforderungen denen sich die Länder Südosteuropas ausgesetzt sehen – wobei die Migrations- und Flüchtlingskrise die wohl aktuell augenfälligsten seien. Bei der Einschätzung des Status der Migranten käme es auf bestimmte Charakteristika an: Personen, deren Leben im eigenen Land bedroht sei oder die politisch verfolgt würden, seien hilfe- bzw. asylbedürftig, wirtschaftliche Migranten dagegen nicht. Um erfolgreich auf die aktuellen Herausforderungen

reagieren zu können, müssen die EU-Länder gemeinsame Strategien verfolgen und vergleichbare Kriterien bei der Asylgewährung anwenden.

Der Leiter des Teams Europa/Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung, **Dr. Lars Hänsel**, überbrachte den Anwesenden dann die Grüße und guten Wünsche des KAS-Vorsitzenden, Dr. Hans-Gert Pöttering. Er betonte, dass die KAS die transatlantische Zusammenarbeit, insbesondere im Sicherheitsbereich, auch nach den Wahlen in den USA für unabdingbar erachte, wiewohl auch ihm eine tiefere Kooperation auf EU-Ebene wünschenswert erscheine. Die Wahlen in den USA hätten Veränderungen mit sich gebracht, wobei die während der Wahlkampagne geäußerten Aussagen des inzwischen gewählten Präsidenten vor allem auch zum Thema NATO seinen und (noch) nicht den offiziellen Standpunkt der amerikanischen Administration (White House) darstellten. Die USA würden wohl auch in Zukunft sicherlich weiterhin in Bezug auf ihr Engagement in der Außen- und Sicherheitspolitik sehr wählerisch bleiben, weshalb es gelte neben der transatlantischen Zusammenarbeit vor allem auch die eigenen europäischen Verteidigungsanstrengungen zu erhöhen, damit die EU im globalen Kontext auch in Zukunft eine einflussreiche Position behalten werde.

Der stellv. Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Republik Kroatien, **Damir Krstičević**, unterstrich dann, wie relevant und zeitgemäß die Konferenz sei, die in einer Phase stattfinde, in der wir alle Zeugen progressiver Veränderungen im Sicherheitsumfeld Europas und der Region seien. Er charakterisierte die jüngsten Ereignisse:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

Dezember 2016

www.kas.de/kroatien

www.kas.de

Terrorismus, Migration, hybride Kriegsführung und Radikalisierung, als die größte Bedrohung Europas. Gerade darum sei ein intensiverer Sicherheitsdialog und eine gute Zusammenarbeit der NATO Staaten mit Partnern und regionalen Organisationen so entscheidend wichtig. Die Formulierung einer neuen Sicherheitsstrategie und das neue Heimatschutzgesetz seien deshalb die Prioritäten der neuen kroatischen Regierung, weil es jetzt gelte ein effizientes Präventionssystem einzuführen um den Herausforderungen in Bezug auch auf die Innere Sicherheit gewachsen zu sein.

In der ersten Podiumsdiskussion über die sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas ergriff der Abteilungsleiter für Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium der Republik Slowenien, **Aleš Mišmaš**, zuerst das Wort und berichtete, dass Slowenien vor einem Sicherheitsdilemma bzw. einem Sicherheitsparadox stehe, da nahezu alle in der nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Jahre 2010 aufgeführten Sicherheitsprobleme inzwischen eingetreten seien. Gleichzeitig habe das slowenische Verteidigungsministerium fast die Hälfte seines Budgets verloren und verfüge derzeit nur über sehr begrenzte Ressourcen, um diesen Gefahren entgegentreten zu können. Die Situation an den Grenzen Europas könnte seiner Meinung nach sogar in bewaffnete Auseinandersetzungen münden, während Sicherheitsrisiken (Terrorismus) immer perfider werden und High-Tech mehr und mehr in den Vordergrund rückt. Daher sei er der Meinung, dass zwangsläufig mehr in die Verteidigung investiert werden müsse – in Slowenien genauso, wie auch in allen anderen NATO-Mitgliedsstaaten.

Der stellv. Verteidigungsminister von Bosnien und Herzegowina, **Sead Jusić**, zählte dann die aus seiner Sicht wichtigsten Gefahren für die regionale und internationale Sicherheit auf und verwies insbesondere auf die Verdichtung der Migrantenströme, auf die potentiellen Terroristen, die mit ihnen ins Land gelangt sein könnten, sowie auf die Menschenschmuggler und ihre kriminellen Netzwerke.

Die Regierung von Bosnien und Herzegowina setze für die Zeit von 2015 bis 2020 auf eine neu-gefasste Sicherheitsstrategie gegen Terrorismus und ein neues Gesetz, das bosnischen Staatsbürgern verbietet in fremden Ländern zu kämpfen.

In seiner Rede betonte er weiter, wie wichtig es sei, jede Art von Extremismus zu verurteilen und noch intensiver auf dem Gebiet des Informationsaustauschs zusammen zu arbeiten, um rechtzeitig auf Gefahrensituationen reagieren zu können.

Der Abteilungsleiter für Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium der Republik Kroatien, **Nikola Brzica**, wies auf den notwendigen allumfassenden Zugang zu Sicherheitsfragen hin, wobei die Prinzipien der Menschlichkeit und Solidarität beachtet werden müssten. Leicht drohten nämlich „Spillover-Effekt“ in die Zivilgesellschaft, die auch von Maßnahmen betroffen und miteinbezogen werden muss. Das zeige auch die Migranten- und Flüchtlingskrise, für die in allen von diesem Konflikt betroffenen Ländern dringend Lösungen gefunden werden müssen. Daher müsse die Zusammenarbeit mit der NATO und regionalen Organisationen gestärkt und mehrere Versionen einer neuen EU-Sicherheitsstrategie diskutiert werden.

Botschafter **Haydar Berk**, Direktor von RACVIAC, meinte, es sei eine große Herausforderung, sicherheitsrelevante Informationen zwischen den Ländern effizient auszutauschen, die im Kampf gegen Sicherheitsprobleme einander helfen könnten. Hinsichtlich der Bewältigung dieser Herausforderungen, gäbe es derzeit noch keine Mechanismen, die Radikalisierung verhindern und die aus fremden Armeen zurückgekehrte Kämpfer rehabilitieren können. Definitiv müsse eine stärkere Zusammenarbeit gewährleistet und Sicherheitsstrategien der europäischen Länder aktualisiert, sowie höhere Investitionen in die Bildungsprogramme im Sicherheitsbereich getätigt werden; das Ziel sei es, eine volle euro-atlantische Mitgliedschaft der EU und NATO-Länder Südosteuropas zu erreichen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

Dezember 2016

www.kas.de/kroatien

www.kas.de

In der zweiten Podiumsdiskussion zum Thema: „Euro-Atlantic Security“ kritisierte der ehemalige Leiter der slowenischen Mission bei der NATO, **Mirko Cigler**, dass die Sicherheitssituation sich verschlechtert haben und wie die während des Wahlkampfes in seinem Land versprochenen zusätzlichen Mittel für die Innere Sicherheit und die Verteidigung nicht zur Verfügung gestellt worden seien. Er verwies darauf, dass in der Region Südosteuropa allein Slowenien und Kroatien Mitgliedsländer der EU und NATO seien und es fraglich sei, ob sie den Nachbändern bei deren Beitrittsbemühungen wirklich behilflich sein können. Dies lege es jedem Land nahe seine eigene Verteidigungsfähigkeit weiter zu entwickeln und gleichzeitig in die Vorbereitungen für die Aufnahme dieser Länder in die EU und NATO zu investieren.

Der Sicherheitsberater der norwegischen Botschaft, **Endre Wiese Vigeland**, unterstrich dann, dass für sein Land die NATO-Mitgliedschaft Grundlage der eigenen Sicherheitspolitik sei. Sein Land sei nicht nur wegen seiner geo-strategischen Lage am maritimen Zugang zur Ostsee von großer Bedeutung, sondern auch wegen der Bedrohung durch Russland. Er verwies auf die Absicht der norwegischen Regierung, die Verteidigungsausgaben auf ein Niveau oberhalb der 1,5% Grenze zu erhöhen und sowohl in die Ausrüstung als auch in die Mannschaftsstärke zu investieren. Für ihn stelle ein höheres Verteidigungsbudget und die Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern eine Investition in eine sichere Zukunft dar.

Der Direktor des Marshall Centers in Garmisch-Partenkirchen, **Prof. Dr. Ralf Roloff**, erinnerte dann, dass (transnationale) Herausforderungen im Bereich Sicherheit nicht vollständig vorhersehbar seien, wie die unlängst verübten Terroranschläge gezeigt hätten. Er erwarte, dass sich die EU -vor allem nach Brexit- neu erfinden müsse und dass dabei die Investitionen in Verteidigung und Sicherheit von größter Priorität sein werden.

An der dritten Podiumsdiskussion über „Die Herausforderungen der Migration“, nahm auch der ehemalige Innenminister Sloweniens, **Ivan Bizjak** teil und verwies darauf,

dass es illegale Migration schon immer gegeben habe und diese vor allem von den sich wandelnden sog. „Push und Pull“ Faktoren abhängen würde. Heute erleben wir vor dem Hintergrund militärischer Auseinandersetzungen und nicht funktionierender Wirtschaften in einigen Regionen der Welt eine verstärkte Migration. Würde diese nicht ausreichend kontrolliert, entstünden Gefahren für die Fundamente der EU, wie etwa die Freizügigkeit. Deshalb gebe es im Augenblick keine Perspektiven für eine Schengen-Erweiterung, was für EU-Mitgliedsstaaten wie Kroatien, aber auch Bulgarien und Rumänien, ein Problem darstelle.

Die Vize-Dekanin der Fakultät für Politikwissenschaften der Universität Zagreb, **Prof. Dr. Marta Zorko**, unterstrich, dass wir heute in der Ära sich beschleunigender Migration befänden und dass uns in Europa die „wahre“ Migration– im Sinne einer Kontinent-übergreifenden Migration erst noch bevorstehe. Die Gründe dafür lägen in den Unterschieden in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung all dieser Länder. Die im letzten Jahrzehnt so hoch gelobte „Globalisierung“ als Motor der weltwirtschaftlichen Entwicklung stagniere momentan und wir werden gerade Zeugen wieder entstehender Grenzzäune und erhöhter Investitionen in die eigene Verteidigung. Sie unterstrich die Notwendigkeit sich in den EU Ländern um mehr Zusammenarbeit bei der Strategieentwicklung zur Bekämpfung neuartiger Sicherheitsrisiken zu bemühen.

Der UNDP-Experte, **Dr. Filip Dragović**, äußerte die Auffassung, dass die wichtigsten Ursachen für die wachsende Migration aus Entwicklungsländern in den Westen die wohlhabenden Staaten selbst zu verantworten haben, da sie die Ressourcen in diesen Ländern (Afrika) ausbeuten ohne für entsprechende Investitionen und damit Arbeitsplätze zu sorgen. An der Intervention in Afghanistan könne man erkennen, wie wenig man für die Zeit „nach dem Sieg“ vorbereitet war und dass man weder über eine Strategie, noch einen Aufbauplan für das Land und deren oftmals vertriebene Bewohner verfügte.